

Sozialstaat

von Natalie Wöllenstein, Jusos Baden-Württemberg

Pragmatische Linke:
Die progressive Kraft der Jusos.

pragmatische-linke@web.de

Der Sozialstaat wurde im Wesentlichen von Sozialdemokraten erkämpft und muss von diesen verteidigt werden. Er gründet sich auf Rechten und Pflichten des Einzelnen.

Unser Verständnis von sozialer Sicherung orientiert sich an folgenden Leitlinien:

1. Im Mittelpunkt des Sozialstaates steht das Individuum. Wir wollen jeden einzelnen absichern, jedem einzelnen einen eigenen Anspruch auf soziale Sicherung einräumen. Ziel ist es hierbei, bestehende Abhängigkeiten von EhepartnerIn oder Familie aufzubrechen, sowie Lücken im System zu schließen. Die Soziale Sicherung des Staates darf künftig nicht mehr vom Status abhängiger Beschäftigung abhängen.
2. Voraussetzung für die lückenlose Absicherung jedes einzelnen ist eine nachhaltige und gerechte Finanzierung. Der Sozialstaat, der jedem einen Anspruch auf soziale Sicherung gewährt, muss auch von allen finanziert werden – anhängig von Leistungsfähigkeit der oder des einzelnen. Ziel ist die Abkehr vom Prinzip der Beitragsfinanzierung hin zu mehr Steuerfinanzierung. Dabei reicht es nicht, systemimmanente Finanzierungslücken des derzeitigen Modells durch Steuerzuschüsse kurzfristig stopfen zu wollen. Vielmehr geht es uns darum, eine ganzheitliche Finanzierungsstrategie zu entwickeln, die nicht auf Sozialabgaben basiert, sondern alle in Bezug und Finanzierung einbezieht.
3. Die sozialen Sicherungsmechanismen des Staates haben für uns eine Auffang- und Aktivierungsfunktion. Das bedeutet einerseits, dass der Staat lückenlos absichern muss, niemand durchs soziale Netz fallen darf. Andererseits folgt aus dieser Überzeugung, dass es nicht Aufgabe des Staates sein kann, den Lebensstandard von Besserverdienenden zu sichern. Wer viel hat, hat Anspruch auf die sozialen Leistungen des Staates, wie jeder andere auch. Bedürfnisse, die über dieses Niveau hinaus gehen, können und müssen anderweitig abgesichert werden. Darüber hinaus hat der Staat jedoch die Pflicht, nicht nur finanziell abzusichern, sondern Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten, die Menschen nicht allein zu lassen.
4. Sozialleistungen des Staates müssen bei jenen ankommen, die sie benötigen. Daraus folgt, dass insbesondere dort, wo eine direkte Ausbezahlung von Geldleistungen an die jeweils Bedürftigen nicht möglich ist, Investitionen in Infrastruktur Vorrang genießen müssen. Insbesondere bei kindesbezogenen

Leistungen ist stets sorgfältig zu prüfen, ob der Effekt, den Investitionen in Kinderbetreuung, Schulen, Mensen u. a. erzielen würden, nicht größer ist als direkte Auszahlungen an die Eltern.

Unsere Strategie

Der Umbau der beitragsfinanzierten Sicherungssysteme hin zu einem steuerfinanzierten Modell erfolgt schrittweise durch ein Abschmelzen der Beitragssätze auf der einen und ein gerechteres Steuersystem, das die erforderlichen Mehreinnahmen erzielt, auf der anderen Seite.

Die Einführung von Mini- und Midi-Jobs mag insbesondere im Hinblick auf SchülerInnen und Studierende sinnvoll gewesen sein. Inzwischen ist festzustellen, dass diese irregulären Beschäftigungsverhältnisse sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zunehmend verdrängen. Der Anreiz, nicht-sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu schaffen und auszuüben jedoch, widerspricht dem Anspruch einer umfassenden Absicherung für jedermann. Statt der bestehenden Mini- und Midi-Job-Regelung stehen wir deshalb Modellen progressiv gestaffelter Sozialabgaben positiv gegenüber, um in einem ersten Schritt auch Menschen mit geringen Einkommen einen Anspruch auf soziale Sicherung zu gewähren.

Gesundheit

Das grundlegende Problem des deutschen Krankenversicherungssystems liegt in seiner Ineffizienz und mangelnden Transparenz. Reformen zur Effizienzsteigerung müssen deshalb höchste Priorität genießen. Auf diesem Wege können die Qualität für die Versicherten verbessert und gleichzeitig Kosten eingespart werden. Ablehnend stehen wir der fortschreitenden Verschiebung der Kosten hin zur Arbeitnehmerseite gegenüber. Arbeitnehmersonderbeitrag, Praxisgebühr und Medikamentenzuzahlungen haben das Prinzip der Beitragsparität massiv geschwächt und sind aus unserer Sicht nichts als der verzweifelte Versuch, strukturellen Finanzdefiziten mit der Bekämpfung von Symptomen beizukommen. Die Einführung einer Bürgerversicherung ist dabei für uns ein sinnvoller Weg.

Rente

Im Sinne der o.g. Ziele, setzen wir uns für den schrittweisen Aufbau einer steuerfinanzierten Grundrente ein. Die beitragsfinanzierte Säule und die aus ihr resultierenden Ansprüche sind, den verfassungsrechtlichen Vorgaben entsprechend, abzubauen. Der Anspruch auf den steuerfinanzierten Sockel soll sukzessive angehoben werden. Mittelfristig stehen wir für ein Zwei- bis Drei-Säulenmodell aus Grundrente, Ansprüchen aus den geleisteten Rentenversicherungsbeiträgen und (je nach Bedarf) Einkünften aus privaten Versicherungen.

Pflege

Dem Bereich Pflege muss angesichts der demographischen Entwicklung ein höherer Stellenwert, auch in der öffentlichen Debatte eingeräumt werden. Zukünftig gilt es, Situationen, in denen der Staat kurzfristig marginale Rentenerhöhungen vornimmt, die dem einzelnen zwar kaum nutzen, den Staat aber horrenden Summen kosten, zu vermeiden. Stattdessen ist dafür Sorge zu tragen, dass Menschen im Fall der (altersbedingten) Pflegebedürftigkeit nicht in finanzielle Notsituationen geraten. Dies ist nicht nur eine sozialstaatliche Notwendigkeit, sondern auch ein Beitrag zur Generationengerechtigkeit, die auch im Bereich der sozialen Sicherungssysteme in den kommenden Jahren zunehmend an Bedeutung gewinnen wird. Die von uns vorgeschlagenen Finanzierungsmaßnahmen über Steuern tragen zur Verwirklichung dieses Ziels maßgeblich bei.